

FORDERUNGEN

zur Landtagswahl 2022

Die Corona-Pandemie hat die bestehenden sozialen Problemlagen in Nordrhein-Westfalen deutlich aufgezeigt. Der Pflegenotstand hat sich verschärft, der Zugang zu gesundheitlichen Dienstleistungen und Bedarfen des täglichen Lebens bleibt mangels barrierefreier Infrastruktur Menschen mit Behinderungen teilweise verschlossen und die Armut steigt auf ein noch höheres Niveau. Die Auswirkungen des Klima-

wandels stellen uns vor weitere soziale und gesundheitliche Herausforderungen. Für die künftige Landesregierung besteht damit ein breites sozialpolitisches Handlungsfeld. Der Sozialverband VdK NRW e. V. erhebt dafür im Sinne seiner rund **400.000 Mitglieder** die folgenden Forderungen. Einige dieser Forderungen können nur auf Bundesebene, zum Beispiel über Bundesratsinitiativen, umgesetzt werden.

→ **INKLUSIVE TEILHABE** verwirklichen

→ **GESUNDHEIT** schützen –
KLIMAWANDEL stoppen

→ **MENSCHENWÜRDIGE PFLEGE**
sicherstellen

→ **ARMUT** bekämpfen –
PRÄVENTION verbessern

→ INKLUSIVE TEILHABE verwirklichen



Seit 2009 fordert die UN-Behindertenrechtskonvention die Umsetzung der gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen. Dennoch stagniert die Umsetzung an vielen Stellen in NRW. Es fehlen im großen Umfang barrierefreie Wohnungen, der ÖPNV kann barrierefreie Wegeketten nicht gewährleisten und nur ein Bruchteil von Arztpraxen und medizinischen Einrichtungen ist barrierefrei. Auf dem Arbeitsmarkt sind Menschen mit Behinderungen immer noch überproportional von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen.

Der Teilhabebericht Nordrhein-Westfalen 2020 hat verdeutlicht, dass in NRW bestehende Probleme in vielen Bereichen nicht gelöst wurden. Insbesondere in den ländlichen Räumen fehlen nicht nur Angebote, sondern vielfach barrierefreie Verkehrsmittel. Bund, Land und Kommunen stehen in der Verantwortung, Barrieren bei Mobilitätsangeboten und in der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur zu beseitigen. Die mangelnde Barrierefreiheit im Gesundheitswesen ist im Krankheitsfall ein großes Problem. Für Menschen mit Behinderung geht es dabei oft nicht nur um die freie Arztwahl, sondern darum,

überhaupt eine barrierefreie Praxis zu finden. Die gesetzlichen Vorgaben zum barrierefreien Wohnungsbau sind unzureichend und wurden in den letzten Jahren weiter aufgeweicht. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen unter Menschen mit Behinderung ist in NRW seit Anfang 2020 stark angestiegen. Insofern sind dringend Maßnahmen zu ergreifen, um Beschäftigung zu sichern und Langzeitarbeitslosigkeit abzubauen. Gerade in Deutschland funktioniert gesellschaftlicher Wandel oft nur über gesetzliche Vorgaben. Daher müssen die landesgesetzlichen Vorgaben sowie die Förderprogramme angepasst werden.

Der Sozialverband VdK NRW fordert:

- den Ausbau bezahlbarer und barrierefreier Wohnungen durch Änderung der Landesbauordnung, Überarbeitung der Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmung und steuerliche Anreize
- vollständige Barrierefreiheit bei Neuschaffungen von Verkehrsmitteln sowie der Sanierung und Umgestaltung von Verkehrsinfrastruktur
- mehr öffentliche Gelder zum Ausbau des ÖPNV - insbesondere im ländlichen Raum
- Entwicklung eines Konzepts für einen inklusiven Arbeitsmarkt
- Ausbau von Förderprogrammen zur Schaffung inklusiver Arbeitsplätze
- verstärkte Förderung von „Inklusionsbetrieben“ durch Mittel aus dem Landeshaushalt
- verbindliche Vorgabe zur Barrierefreiheit für neue (Vertrags-)Arztstze
- Förderprogramme für barrierefreie Umbaumaßnahmen für Arztpraxen im Bestand
- Anreize für barrierefreie Umbaumaßnahmen im Einzelhandel
- die Einführung von Bußgeldern bzw. Streichung von öffentlichen Fördergeldern für alle Verkehrsträger, die Vorgaben zur barrierefreien Verkehrsplanung nicht einhalten

→ GESUNDHEIT schützen – KLIMAWANDEL stoppen



Der VdK NRW setzt sich für eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung ein, die qualitativ hochwertig, ortsnahe und unabhängig vom gesellschaftlichen und finanziellen Status der Patient*innen sein muss. Eine flächendeckende, wohnortnahe medizinische Versorgung in Nordrhein-Westfalen muss langfristig sichergestellt und die Erreichbarkeit verbessert werden. Auch infolge des menschengemachten Klimawandels nehmen Risiken für die menschliche Gesundheit zu und es verschärfen sich Fragen der Umweltgerechtigkeit. Die Eindämmung des Klimawandels und die Anpassung an seine Folgen werden damit auch zu einem Gebot der Sozial- und Gesundheitspolitik.

Das derzeitige Gesundheitssystem in Deutschland ist geprägt durch eine „Zwei-Klassen-Medizin“. Sie führt in einigen Bereichen zu einer Benachteiligung von gesetzlich versicherten Patient*innen. Diese benötigen aus unserer Sicht eine gleichwertige medizinische Versorgung wie Privatpatient*innen.

Darüber hinaus gehören angemessene Versorgungsstrukturen dorthin, wo sie im Notfall gebraucht werden. Sie sollen flächendeckend so ausgestattet sein, dass sie den medizinischen Handlungsbedarf unmittelbar und vollständig erfassen und bei Bedarf schnell an spezialisierte Einrichtungen überweisen. Einrichtungen der Grund- und Notfallversorgung müssen für jede*n Bürger*in

innerhalb einer halben Stunde erreichbar sein und immer die Abteilungen Chirurgie, Innere Medizin und Geburtshilfe anbieten. Notwendige Krankenhäuser in ländlichen Regionen, die aufgrund ihrer Größe nicht kostendeckend arbeiten können, erhalten einen Sicherstellungszuschuss vom Land NRW. Krankenhäuser und andere Einrichtungen der Gesundheitsversorgung müssen für alle Patient*innen und Besucher*innen barrierefrei auffindbar, zugänglich und nutzbar sein. Hinzu kommt der zügige Ausbau der technischen Infrastruktur im Zuge der Digitalisierung. Das gilt für die Standardisierung und Kompatibilität von Systemen von Gesundheitsämtern, Krankenhäusern und ambulanten Angeboten sowie für telemedizinische Angebote.

Der Sozialverband VdK NRW fordert:

- Sicherstellung eines barrierefreien Gesundheitssystems
- Sicherstellung einer flächendeckenden, wohnortnahen medizinischen Versorgung in NRW
- Profitstreben im Gesundheitswesen muss abgeschafft und die Planung sowie Finanzierung an Gemeinnutz gekoppelt werden
- eine bessere und schnellere Terminvergabe für gesetzlich Versicherte bei (Fach-)Arztpraxen und bei planbaren stationären Maßnahmen
- Stadt-, Regional- und Verkehrsplanung unter Berücksichtigung von Aspekten der Umweltgerechtigkeit zur Stärkung gesundheitsfördernder Lebensverhältnisse
- Entwicklung von Konzepten für die Klimafolgenanpassung, etwa bei der Prävention von Hitzeereignissen

→ MENSCHENWÜRDIGE PFLEGE sicherstellen



Mit Blick auf die demografische Entwicklung und die steigende Zahl von pflegebedürftigen Menschen müssen wir dem Fachkräftemangel in der Pflege durch die Aufwertung des Pflegeberufs begegnen, um diesen für junge Menschen attraktiver zu machen. Darüber hinaus müssen pflegende Angehörige dringend besser unterstützt werden, denn sie sind für die Sicherstellung der pflegerischen Versorgung systemrelevant. Dies kann nur gelingen, indem die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf nachhaltig verbessert wird. Ferner werden für eine menschenwürdige Pflege Prävention und Gesundheitsförderung, die sektorenübergreifende Versorgung sowie die Digitalisierung von immer größerer Bedeutung.

Eine wichtige Erfolgsvoraussetzung für menschenwürdige Pflege und Selbstbestimmung ist ein senior- und behindertengerechter Wohnungsmarkt. Dazu benötigen wir barrierefreie Wohnungen, die eine ambulante Pflege zu Hause und somit auch den Verbleib im Quartier ermöglichen sowie eine gute soziale Infrastruktur.

Kommunen investieren nur in Einzelfällen in ihre Pflegeinfrastruktur vor Ort. So gibt es kaum Angebote für jüngere pflegebedürftige Menschen oder Nachtpflegen. Niedrigschwellige Betreuungsangebote fehlen und die Pflegeberatung ist vielmals nicht neutral und versagt im Hinblick auf eine sozialraum- und teilhabeorientierte Ausrichtung.

An vielen Stellen in NRW sind nicht genügend Tages- und Kurzzeitpflegeplätze oder ambulante Pflegedienste verfügbar. Häufig verfallen Pflegeversicherungsleistungen, weil regional entsprechende Angebote fehlen und somit bewährte Betreuungsettings zerbrechen.

Weiterhin mangelt es den Betroffenen an Transparenz bei den Kosten eines stationären Pflegeplatzes, des qualifizierten Personaleinsatzes, aber auch im ambulanten Bereich. Es wird eine wichtige Aufgabe sein, wirksame Konzepte und monetäre Hilfen bereitzustellen, um Menschen eine ausreichende Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen und Einsamkeit und sozialer Isolation vorzubeugen.

Der Sozialverband VdK NRW fordert:

- niedrigschwellige, unabhängige, gleichwertige und flächendeckende Pflegeberatung
- Aktivierung der Kommunen für pflegerische und altengerechte Infrastrukturen
- ausreichende bezahlbare Angebote an Plätzen für Kurzzeit-, Verhinderungs- und Tagespflege
- Stärkung der häuslichen Pflege und der pflegenden Angehörigen
- Ausbau einer flächendeckenden Palliativversorgung
- Erweiterung von Präventions- und Rehabilitationsangeboten im Alter und bei Pflege
- Renditestreben privater Investoren in der Pflege stoppen

→ ARMUT bekämpfen – PRÄVENTION verbessern



Seit 2005 hat die Armut in Nordrhein-Westfalen fast kontinuierlich zugenommen. Hiervon betroffen sind insbesondere Frauen, Alleinerziehende, Rentner*innen, Menschen mit Behinderungen, Menschen mit Migrationshintergrund und Ältere. Erschwerend kommt hinzu, dass auch die Ungleichheit bei der Lohn- und Einkommensentwicklung seit 2014 deutlich gestiegen ist. Der Anstieg der Bruttostundenlöhne fiel vor allem in unteren Einkommensbereichen unterdurchschnittlich aus. In Verbindung mit stark steigenden Miet- und Energiepreisen können sich immer weniger Menschen angemessenen Wohnraum in NRW leisten und sind von einer Wohnkostenüberlastung betroffen.

Umso wichtiger ist es für diese Personenkreise, dass sozialpolitische Unterstützungsmaßnahmen greifen, die ihnen ein Leben über dem Existenzminimum nach Abzug der Wohnkosten gewährleisten. Hinzu kommt, dass anspruchsberechtigte

Personen Leistungen aus unterschiedlichen Gründen immer noch zu oft nicht beanspruchen. Hier muss das Land NRW dringend Wege aufzeigen, wie diesen Personenkreisen geholfen werden kann und niemand verloren geht.

Der Sozialverband VdK NRW fordert:

- eine landesweit einheitliche Definition von „angemessenen“ Mieten für Bezieher*innen von Leistungen für Unterkunft und Heizung (KdU)
- die jährliche Anpassung von Mietobergrenzen, damit die Wohnkostenlücke im bestehenden Hartz IV-System nicht größer wird
- der Bau von mehr Sozialwohnungen in NRW
- landesweite Infokampagnen zur Reduzierung der hohen Dunkelziffer der Nichtinanspruchnahme von Sozialleistungen
- mehr niedrigschwellige Aufklärungs- und Unterstützungsangebote schaffen, um Altersarmut entgegenzuwirken
- die Etablierung einer geordneten Abfrage zum Thema Altersarmut in den Kommunen, um eine einheitliche Datenlage herzustellen und daraus Gegenmaßnahmen abzuleiten
- Bereitstellung von niedrigschwelligen Lernangeboten insbesondere für Kinder aus einkommensschwachen Haushalten

SOZIALVERBAND

VdK

NORDRHEIN-WESTFALEN



Zukunft sozial gestalten

FORDERUNGEN

zur Landtagswahl 2022

Sozialverband VdK - Nordrhein-Westfalen e. V.
Fürstenwall 132
40217 Düsseldorf

Telefon: 0211/3 84 12-0
Telefax: 0211/3 84 12-66
Email: nordrhein-westfalen@vdk.de
Website: www.vdk.de/nrw/